

Nr. 361 | 31.03.2026

Polen-Analysen

Die Partei Recht und Gerechtigkeit als bestimmender Akteur der polnischen Politik

ANALYSE	
Recht und Gerechtigkeit (PiS) nach den Parlamentswahlen von 2023 Klaus Ziemer, Trier/Warschau	2
DOKUMENTATION	
Recht und Gerechtigkeit (PiS) über die Themen Familie, Nation und Staat Wahlprogramm, September 2023	7
UMFRAGEN	
Parteipräferenzen	10
CHRONIK	
17. – 30. März 2026	12

Recht und Gerechtigkeit (PiS) nach den Parlamentswahlen von 2023

Klaus Ziemer, Trier/Warschau

DOI: 10.31205/PA.361.01

Zusammenfassung

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bestimmt seit mehr als zwei Jahrzehnten das politische Geschäft in Polen entscheidend mit. 2005–2007 und 2015–2023 übernahm sie die Regierungsverantwortung, unterstützt vom Staatspräsidenten aus den eigenen Reihen, Andrzej Duda (2015–2025). Ab 2015 gestaltete die PiS das polnische Justizsystem radikal um, was zu Protesten der Opposition und der Zivilgesellschaft sowie zu Blockaden von EU-Geldern durch die Europäische Kommission wegen Beugung der Rechtsstaatlichkeit führte. Trotz verlorener Parlamentswahlen 2023 konnte sich PiS-Kandidat Karol Nawrocki bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2025 durchsetzen. Eine dominierende Rolle spielt Jarosław Kaczyński, Mitbegründer und spiritus movens der PiS. Dennoch bereiten sich in der PiS verschiedene Gruppen auf die Vorherrschaft in der Nach-Kaczyński-Ära vor. Die moderaten »Pfadfinder« um den ehemaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki haben dabei keine allzu großen Chancen, ernannte Kaczyński doch im März 2026 Przemysław Czarnek, einen Vertreter der radikalen »Butterköpfe«-Gruppierung, zum PiS-Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen 2027. So soll der Gefahr weiterer Stimmenverluste an Parteien rechts von der PiS entgegengetreten werden.

Mit den Parlamentswahlen vom 15. Oktober 2023 endeten acht Jahre, in denen von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführte Regierungen die Politik Polens bestimmt hatten. Nach dem Tode von Staatspräsident Lech Kaczyński bei einem Flugzeugabsturz bei Smolensk (Russland) im Jahr 2010 war sein Zwillingsbruder Jarosław alleiniger Parteiführer, zog es aber vor, keine Führungsämter mehr in staatlichen Institutionen einzunehmen (Ausnahme: Vizepremier von Oktober 2020 bis Juni 2022 und von Juni bis November 2023). Stattdessen bestimmte er de facto, wer aus der PiS welche Führungspositionen im Staat einnehmen konnte. So nominierte er 2015 den jungen, weitgehend unbekannten PiS-Abgeordneten Andrzej Duda zum Präsidentschaftskandidaten, der sich überraschend gegen den Amtsinhaber Bronisław Komorowski aus dem Lager der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) durchsetzen konnte und 2020 wiedergewählt wurde.

Die Parlamentswahlen 2015 gewann die PiS vor allem mit sozialpolitischen Versprechen, unter denen »500 plus« (500 Zloty pro Monat ab dem zweiten Kind, für bedürftige Familien sogar ab dem ersten Kind) das zugkräftigste war. Dieses Programm erhöhte für Familien mit geringem Monatsgehalt das verfügbare Einkommen spürbar. Die von der PO eher vernachlässigte Sozialpolitik bildete und bildet bis heute für die PiS einen wesentlichen Rückhalt in der Wählerschaft. Vor den Parlamentswahlen 2023 beschloss die PiS-Mehrheit des Parlaments eine Anhebung von »500 plus« auf »800 plus« ab 2024.

Die faktische Umgestaltung des Verfassungssystems unter den PiS-Regierungen 2015–2023

Weit stärker als durch die sozialpolitischen Reformen ist das Erbe der PiS-geführten Regierungen 2015 bis 2023 durch die Veränderungen geprägt, die das Verfassungssystem in seiner realpolitischen Ausprägung erfahren hat. Zwar wurde der Wortlaut der Verfassung nicht verändert, doch durch Gesetzesänderungen wurde das Rechtssystem und insbesondere das Justizsystem einer grundlegenden Neujustierung unterzogen. Eine über viele Jahre propagierte These der PiS-Führung lautete, der Runde Tisch von 1989/90, der den Übergang von der Volksrepublik zur Dritten Republik ermöglicht hatte, beruhe auf der Kollaboration der kommunistischen Eliten mit der damaligen Führung der Solidarność. Die alten Eliten hätten wesentliche Teile ihrer Führungspositionen und ihres Vermögens behalten können. Die Spitzen der Solidarność seien Teil des in seiner Substanz wenig veränderten Systems geworden. Gefordert wurde daher eine »echte Entkommunisierung«. Frühere Parteifunktionäre im Staatsdienst müssten ihre Ämter verlieren. Es müsse genau überprüft werden, wer im Dienst des kommunistischen Inlandsgeheimdienstes (Służba Bezpieczeństwa – SB) gestanden habe.

Vor allem wurde die personelle Kontinuität im Gerichtswesen kritisiert. Die Richter seien eine »Kaste«, die sich der personellen Erneuerung im Staatsdienst besonders widersetzen. Derartige Vorwürfe wurden von der PiS bis in die jüngste Vergangenheit erhoben. Sie dienten zur Rechtfertigung dafür, dass das polnische Rechtssystem unter den PiS-geführten Regierungen

2015 bis 2023 strukturell und personell so umfassend umgestaltet wurde, dass man nicht mehr von einer echten Gewaltenteilung sprechen kann. Dem liegt die vom PiS-Vorsitzenden (»Präses«) Jarosław Kaczyński mehrfach zum Ausdruck gebrachte Überzeugung zugrunde, die Macht im Staate solle nicht geteilt werden. Sie gehöre dem »Souverän«, d. h. der Mehrheit des Volkes, die ihren Ausdruck in der Parlamentsmehrheit finde.

Kaczyński hatte in seiner Zeit als Ministerpräsident 2006/07 die Erfahrung gemacht, dass der Verfassungsgerichtshof von ihm initiierte Gesetze zumindest in Teilen als nicht mit der Verfassung vereinbar ablehnte. Kaczyński folgerte daraus, dass der Verfassungsgerichtshof eine »dritte Kammer« sei, die immer gegen die Regierung stimme. Entsprechend begann er bereits auf der ersten Sitzung des 2015 gewählten Parlaments mit Hilfe des neuen Staatspräsidenten Andrzej Duda, den Verfassungsgerichtshof unter die Kontrolle der PiS-Mehrheit des Parlaments zu bringen.

Führend bei der Umgestaltung des Justizwesens war Justizminister Zbigniew Ziobro, der dieses Amt bereits 2005 bis 2007 innegehabt hatte. Er war Vorsitzender der rechts der PiS angesiedelten Partei Souveränes Polen (ab 2023: Solidarisches Polen; Suwerenna bzw. Solidarna Polska), die über die PiS-Liste 2015 neun (für die PiS-Mehrheit notwendige) Abgeordnete in den Sejm entsandte. Die Trennung der Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwalts, die mit Donald Tusk (PO) als Ministerpräsident 2009 eingeführt worden war, wurde Ende Januar 2016 wieder aufgehoben, da sie nach Ziobro der Staatsanwaltschaft »die Zähne ausgeschlagen« hatte.

Sehr rasch schaltete sich die Europäische Union in die Aushöhlung der Gewaltenteilung in Polen ein, da diese auch fundamentalen EU-Grundsätzen widerspreche. Der polnische Verfassungsgerichtshof urteilte 2022 auf Anfrage der Regierung, dass Teile des EU-Rechts nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien, die höherrangig sei. Die EU sperrte 76,5 Mrd. Euro aus dem EU-Kohäsionshaushalt sowie aus den Corona-Hilfen der EU 25,3 Mrd. Euro als Zuschüsse und 34,5 Mrd. Euro in Form von Darlehen. Diese Blockaden wurden teilweise aufgehoben, als die seit Ende 2023 amtierende Regierung Tusk erklärte, die von der EU beanstandeten rechtlichen Regelungen korrigieren zu wollen.

Die Parlamentswahlen 2023

Bei den Parlamentswahlen vom 15. Oktober 2023 war zunächst bemerkenswert, dass es angesichts der hohen Mobilisierung der Wählerschaft zu einer Rekordwahlbeteiligung von 74,4 Prozent kam. Dabei ging die PiS zwar mit 35,38 Prozent der gültigen Stimmen und 194 von 460 Sitzen als stärkste Partei im Sejm hervor, verfehlte aber selbst bei einer eventuellen Koalition mit der rechts von ihr angesiedelten Konföderation Freiheit

und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość – WiN), die 7,16 Prozent der Stimmen und 18 Mandate erzielte, die absolute Mehrheit im Sejm deutlich. Wie bei früheren Wahlen hatte die PiS ihre regionalen Schwerpunkte im Südosten – Wojewodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie) 52,7 Prozent, Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie) 51,7 Prozent. In Richtung Westen und Nordwesten wurden die Resultate dann deutlich schwächer (umgekehrt proportional zu den Ergebnissen der Koalition von Donald Tusk). Nach Altersgruppen stimmten für die PiS am häufigsten die über 60-Jährigen (53 Prozent). Je jünger die Wähler, desto schwächer das Ergebnis – bei den 18- bis 29-Jährigen 14,9 Prozent. Vier Jahre zuvor hatte die PiS in dieser Gruppe 26,3 Prozent gewonnen. Gerade umgekehrt war der Erfolg der Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit bei den Altersgruppen. Bei den über 60-Jährigen kam sie auf ein Prozent, bei den jüngsten Wählern dagegen auf 16,6 Prozent – aber auch dies ein Verlust gegenüber 2019 (19,7 Prozent).

Obwohl sie die Regierung nicht bilden konnte, erklärte sich die PiS zur Wahlsiegerin, und Präsident Duda beauftragte den bisherigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki mit der Regierungsbildung, was von vornherein chancenlos war. Morawiecki stellte sich erst zum letztmöglichen Termin am 12. Dezember dem Vertrauensvotum, das er vorhersehbar verlor. Doch in den Wochen nach der Wahl konnte die mit der PiS verbundene Administration vor dem Regierungswechsel noch die Akten »durchsehen«. Donald Tusk wurde am 13. Dezember zum Ministerpräsidenten gewählt, einem Datum, das seit der Einführung des Kriegsrechts unter General Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember 1981 mit negativen Assoziationen konnotiert ist. Das der PiS nahestehende politische Milieu bezeichnet entsprechend die Regierung Tusk als »Regierung des 13. Dezember«, während die mit Tusk verbundenen Kräfte von der »Regierung des 15. Oktober« (dem Tag der Wahlen) sprechen.

Das grundlegende Dilemma der Koalitionsregierung unter Tusk besteht darin, dass sie zwar die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments besitzt und von diesem Gesetze verabschieden lassen kann, mit denen die Rechtsstaatlichkeit schrittweise wiederhergestellt werden soll. Damit diese jedoch in Kraft treten können, bedarf es der Unterschrift des Staatspräsidenten, dem somit eine Schlüsselbedeutung für die weitere Entwicklung zukommt.

Die Präsidentschaftswahlen vom Mai 2025

Für die im Mai 2025 stattfindenden Präsidentschaftswahlen, bei denen für die Regierungskoalition der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski (PO) antrat, nominierte Kaczyński den parteilosen, aber der PiS

nahestehenden Historiker Karol Nawrocki (Jahrgang 1983), der von 2017 bis 2021 das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig (Gdańsk) geleitet und im Sinne der Geschichtspolitik der PiS umgestaltet hatte. Zuletzt war er Direktor des Instituts für Nationales Gedenken. Von seinen Gegnern wurde kritisiert, dass er 2007 als Türsteher in einem Luxushotel in Zoppot (Sopot) gearbeitet und Hotelgästen Prostituierte zugeführt haben soll, ferner dass er 2009 an einer Massenschlägerei zwischen Hooligans teilgenommen haben soll. Kontakte zu Personen mit krimineller Vergangenheit räumte er selbst nur für eine Tätigkeit bei der Resozialisierung von Straftätern und bei Boxtrainings ein.

Nawrocki gewann die Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang gegen Trzaskowski mit 51,0 Prozent und konterkarierte von Beginn an die Versuche der Regierung Tusk, die von den PiS-Regierungen vorgenommenen Einschränkungen der Rechtsstaatlichkeit zu beheben. Nach wenigen Monaten im Amt hat er so oft sein Veto gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze eingelegt wie noch kein Präsident der Dritten Republik. Nicht in allen Fällen gelingt es der Regierung Tusk, Projekte auf alternativen Wegen durchzusetzen.

Rivalisierende Gruppen innerhalb der PiS

Spannungen innerhalb der PiS-Führung sind ein offenes Geheimnis. Dabei lassen sich mehrere Fraktionen unterscheiden. Die »Pfadfinder« (Hacerzy) um den früheren Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, der im Gegensatz zu den meisten Angehörigen seiner Gruppe selbst kein Mitglied einer Pfadfindervereinigung war, tendieren eher zur politischen Mitte. Zu ihnen zählen u. a. aus den Zeiten, als Morawiecki die Regierung führte, sein Kanzleichef Michał Dworczyk und sein Pressesprecher Piotr Müller. Die »Butterköpfe« (Maślarze) erhielten ihren Namen, als der Abgeordnete des EU-Parlaments und stellvertretende PiS-Vorsitzende Tobiasz Bocheński dagegen protestierte, dass ihm auf einem LOT-Flug von Frankfurt nach Warschau deutsche Butter angeboten wurde. Diese Gruppe, zu der auch die führenden PiS-Politiker Jacek Sasin, Przemysław Czarnek und Patryk Jaki gerechnet werden, hält Morawiecki eine verfehlte Politik u. a. gegenüber der EU vor und will vor allem verhindern, dass er erneut eine Führungsposition erhält. Zum »Urgestein« der PiS, Politikern, die aus der bis 2001 bestehenden Zentrumsverständigung (Porozumienie Centrum) hervorgegangen sind und zum Teil als »Ordensbrüder« (Zakonicy) bezeichnet werden, zählt neben Kaczyński auch der frühere Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak.

Da Spekulationen über die Kräfteverhältnisse innerhalb der PiS die polnischen Medien stark beschäftigten, nominierte der Parteipräsident Jarosław Kaczyński – wie üblich ohne formelle Abstimmung mit Parteigremien – bereits auf dem Parteikonvent Anfang März 2026 in Kra-

kau (Kraków) den PiS-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten für die kommenden Sejmwahlen, obwohl diese regulär erst im Herbst 2027 stattfinden werden. Mit dem früheren Bildungsminister und stellvertretenden PiS-Vorsitzenden Przemysław Czarnek benannte er einen national-katholischen Politiker, der als Minister das umstrittene Schulfach »Geschichte und Gegenwart« (Historia i Teraźniejszość) einführte, in dem auf der Grundlage des von dem Historiker Wojciech Roszkowski verfassten Lehrbuchs »1945-1979. Historia i teraźniejszość« die polnische Geschichte ab dem Zweiten Weltkrieg aus der Sicht der PiS gelehrt wurde. Dieses Lehrbuch setzte die auch im aktuellen PiS-Programm geforderte »nationale Geschichtspolitik« um. Ziel ist es dabei weniger, alle Aspekte der polnischen Geschichte zu verdeutlichen, sondern vor allem den Stolz auf die polnische Geschichte zu stärken. Schon unter den bisherigen PiS-Regierungen wurden neue Museen und Institute gegründet, die insbesondere das Andenken an herausragende Gestalten der Nationaldemokratie wachhalten sollen (siehe Polen-Analysen 297 (<https://laender-analysen.de/polen-analysen/297/>)).

Gruppen rechts der PiS

Als möglicher Koalitionspartner der PiS gilt die oben erwähnte Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, die ihrerseits in mehrere Flügel aufgeteilt ist, zwischen denen die Grenzen teils fließend sind. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer mit eigener Biermarke Sławomir Mentzen (39 Jahre) vertritt wirtschaftsliberale Positionen, lehnt eine Erweiterung der EU-Kompetenzen zulasten der Mitgliedsstaaten ab und setzt auf antiukrainische Stimmungen in der polnischen Wählerschaft. Eine Koalition dieser Richtung innerhalb der Konfederacja mit Tusks Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) wäre unter Umständen denkbar.

Ausgeschlossen ist dies für den nationalistischen Flügel unter Krzysztof Bosak. Bosak, Jahrgang 1982, hat Architektur, Journalismus und Wirtschaftswissenschaften studiert, aber kein Studium abgeschlossen. Über die Liste der rechtspopulistischen Liga der polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) von Roman Giertych zog er 2005 erstmals in den Sejm ein. 2012 trat er der rechtsextremen Nationalbewegung (Ruch Narodowy – RN) bei, trug 2019 zu deren Beitritt zur Konfederacja bei und wurde zusammen mit Mentzen und Grzegorz Braun deren Vorsitzender. Bosak bezeichnet seine Gruppierung als »national-konservativ«, sich selbst als »nationaldemokratisch« und sieht sich in der Nachfolge Roman Dmowskis.

Braun dagegen, Jahrgang 1967, ist rechtsextrem. Er leugnet den Holocaust und vertritt antisemitische Positionen. Er versucht durch spektakuläre Aktionen wie die Beschädigung eines Chanukka-Leuchters im Sejm oder die Störung des Vortrags des polnisch-kanadischen Historikers Jan Grabowski im Deutschen Historischen

Institut Warschau zum Umgang Polens mit dem Holocaust Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erlangen. In den Sejmwahlen 2019 gewann er eines der elf Sejmandate von Konfederacja WiN, die auf 6,81 Prozent der Stimmen kam. Die 2020 unter Brauns Führung gegründete Konföderation der Krone Polens (Konfederacja Korony Polskiej – KKP) konnte bei den Wahlen 2023 vier ihrer Kandidaten auf der Liste der Konfederacja WiN (7,16 Prozent) in den Sejm bringen, darunter Braun. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 erlangte Braun ebenfalls ein Mandat über die Liste der Konfederacja WiN, trat im EU-Parlament aber keiner Fraktion bei. Dieses hob im März 2026 Brauns Immunität wegen mehrerer anhängiger Strafverfahren auf. Als Braun trotz der in der Konfederacja WiN mehrheitlich beschlossenen Kandidatur von Mentzen Anfang 2025 selbst als Kandidat der KKP zu den Präsidentschaftswahlen antrat, wurde er aus der Konfederacja WiN ausgeschlossen. In den Wahlen belegte er mit 6,34 Prozent den vierten Platz, Mentzen mit 14,8 Prozent den dritten.

Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IBRiS Ende März 2026, welchem Politiker die Polen am meisten Vertrauen schenken, belegte Präsident Karol Nawrocki mit 46,3 Prozent Platz 1 (kein Vertrauen: 46,7 Prozent), was auf einen gewissen Vertrauensverlust seit seinem Amtsantritt hindeutet. Der nächste PiS-Politiker folgte mit Mateusz Morawiecki (Vertrauen von 34,1 Prozent). Jarosław Kaczyński vertrauten 27,7 Prozent der Befragten, 63,7 Prozent misstrauten ihm. Vertrauen zum rechtsextremen Grzegorz Braun hatten 26 Prozent, ihm misstrauten 61,4 Prozent.

PiS und die katholische Kirche

Immer wieder für Diskussionen sorgt das Verhältnis der katholischen Kirche zur PiS, wobei kirchliche Repräsentanten dieses Verhältnis selten thematisieren. Im Mai 2023 hatte der Episkopat in einer Erklärung an die Politiker aller Parteien appelliert, sie sollten im Wahlkampf auf Demagogie und Populismus sowie die rücksichtslose Diskreditierung von Konkurrenten verzichten, um die ohnehin bestehenden Spannungen in der Gesellschaft nicht weiter zu vertiefen. Vor den Parlamentswahlen veröffentlichte die Konferenz des polnischen Episkopats dann ein »Wahl-Vademecum für Katholiken«, in dem sieben »unverhandelbare Werte« aufgeführt wurden, darunter das Recht auf Leben von der Empfängnis bis zur Geburt und der Schutz der Familie, die auf einer monogamen Ehe von Personen unterschiedlichen Geschlechts aufgebaut ist. Hier konnte die PiS auf die deckungsgleichen Aussagen zur Familie in ihrem Programm verweisen (siehe Rubrik »Dokumentation«). Kritiker fragten allerdings, welche Kriterien gelten sollten, wenn eine Partei für das Recht auf Leben und gleichzeitig für Pushbacks von Flüchtlingen eintrete.

Von der PiS geleitete staatliche Einrichtungen haben in den acht Jahren ihrer Regierungszeit der Kirche und ihr zugehörigen Organisationen enorme Summen zukommen lassen. Dies geschah im Rahmen gesetzlicher Regelungen, vielfach aber auch auf kaum kontrollierbarem Wege, etwa über neu geschaffene Stiftungen. Einer der größten Profiteure war der der Partei ideologisch sehr nahestehende Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk mit seinem 1991 gegründeten Radio Maryja, der dank Zuwendungen ein ganzes Imperium an Medien, Sanatorien u. a. aufbauen konnte. Die Oberste Kontrollkammer, die auf Antrag von Sejmmarschall Szymon Hołownia tätig wurde, kam für die Jahre 2021 bis 2023 zu dem Ergebnis, dass den Kirchen in dieser Zeit 17,5 Mrd. Złoty (heute 4,1 Mrd. Euro) aus staatlichen Mitteln zufließen, darunter der katholischen Kirche und ihren Organisationen 16,5 Mrd. Złoty (heute 3,8 Mrd. Euro). Abgeordnete der Linken fanden mit Interpellationen in verschiedenen Ministerien heraus, dass von 2015 bis 2023 die katholische Kirche fast 10 Mrd. Złoty (heute 2,3 Mrd. Euro) erhielt, davon Pater Rydzyk mehr als 427 Mio. Złoty (heute 99,5 Mio. Euro). Immer wieder wurde von Abgeordneten verschiedener Parteien gefordert, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche müssten neu geregelt werden. Angesichts der immensen Aufgaben, die mit der Wiederherstellung des Rechtsstaats verbunden sind, ist eine Neuregelung des Verhältnisses Staat – Kirche gegenwärtig aber nicht prioritär.

Vor allem auf dem Land, aber nicht nur dort, war und ist die PiS mit der Kirche durch zahlreiche Vorfeldorganisationen auf lokaler und regionaler Ebene verbunden. Unterstützung fand die PiS in kirchlichen Kreisen auch bei der Organisation der heiligen Messe vor den monatlich stattfindenden Gedenkfeiern für den tödlich verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński und die übrigen Opfer des Flugzeugabsturzes vom 10. April 2010 (siehe Polen-Analysen 360 (<https://laender-analysen.de/polen-analysen/360/>)). Die kirchliche Bindung hat in Polen in den letzten drei Jahrzehnten zwar erkennbar nachgelassen. Vergleicht man Untersuchungen zur kirchlichen Bindung auf regionaler Ebene mit den entsprechenden Wahlergebnissen der PiS, so zeigen sich weiterhin analoge Zentren im Südosten und Osten, während diese Bindung in Richtung Norden und Westen signifikant schwächer wird.

Schwerpunkte der PiS-Außenpolitik

In ihrem Programm betont die PiS, dass Polen seit Jahrhunderten Europa mitgeprägt hat (siehe Rubrik »Dokumentation«). Polen soll weiter der Europäischen Union angehören, aber nicht auf seine Souveränität verzichten. Unterstellten Tendenzen der Brüsseler Zentrale, aber auch von Staaten wie Deutschland, Frankreich oder den Benelux-Ländern, die EU in Richtung einer Föderalisierung umzugestalten, setzt die Partei massiven

Widerstand entgegen, ebenso den Versuchen, das Prinzip der Einstimmigkeit aufzubrechen. Sie ist zwar für eine Erweiterung der EU um Länder wie die Ukraine, Moldau oder Georgien, dies dürfe aber nicht zu einer Zentralisierung führen. Vielmehr sollten nach dem Subsidiaritätsprinzip Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten abgegeben werden. In einem »Europa der Verschiedenheit« sollten Mitgliedsstaaten selbst entscheiden, in welchen Bereichen sie kooperieren und wo sie sich ggf. von einer Zusammenarbeit zurückziehen wollten. Ebenso dürften sich EU-Organe keine Kompetenzen anmaßen, die nicht in den Verträgen festgeschrieben seien. In dieser Forderung des PiS-Programms klingen die jahrelangen Konflikte der PiS-geführten Regierungen mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof um die Vereinbarkeit von Entscheidungen polnischer Instanzen mit dem EU-Recht nach.

Der aktuell schärfste Konflikt betrifft die Frage, ob Polen an dem EU-Verteidigungsprogramm SAFE (Security Action for Europe) teilnehmen soll, von dessen 150 Mrd. Euro Polen rund 43,7 Mrd. Euro zu äußerst günstigen Bedingungen erhalten würde – Rückzahlung ab 2027 zu 3 Prozent mit einer Laufzeit von bis zu 70 Jahren. Auf den ersten Blick erscheint das höchst attraktiv, zumal mehr als 80 Prozent des Geldes in Rüstungsbetriebe in Polen gehen sollen und rund 12.000 Unternehmen in ganz Polen davon profitieren würden. Einer Teilnahme am SAFE-Programm stimmten daher zunächst auch PiS-Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Błaszczak zu.

Von der PiS-Führung wird SAFE jedoch wegen der Folgen für die Ausrichtung der polnischen Außen- und Verteidigungspolitik abgelehnt. Mit einer Teilnahme an dem Programm würde Polen sich in der Verteidigungspolitik langfristig an die EU binden. Genau das wollen führende PiS-Politiker jedoch vermeiden, da sie in der Außen- und Verteidigungspolitik auf die USA und insbesondere Donald Trump setzen. Dieser will Polen mit amerikanischen Waffen aufrüsten und sieht die Europäische Union generell eher als Konkurrentin der USA. So kam es zum Veto des mit der PiS verbundenen Präsidenten Nawrocki gegen das Gesetz, mit dem das polnische Parlament dem Beitritt Polens zum SAFE-Programm zugestimmt hatte. Der Senator Jacek Włosowicz, der bei der Abstimmung über das SAFE-Gesetz im Senat als Einziger der PiS-Fraktion dafür gestimmt hatte, wurde aus der Fraktion ausgeschlossen.

Als Alternative hatten Nawrocki und der Chef der Polnischen Nationalbank Adam Glapiński ins Spiel gebracht, Polens Armee könne mit einer ähnlich hohen Summe wie bei SAFE aufgerüstet werden, aber mit Geldern aus noch nicht realisierten Gewinnen der Goldvorräte der Nationalbank, und das zu einem Zinssatz von null Prozent. Die Regierung Tusk sucht inzwischen einen alternativen Weg, die Armee mit EU-Mitteln aufzurüsten. Anders als bei SAFE könnten diese Mittel jedoch nicht für eine Modernisierung der Polizei, des Grenzschutzes und der entsprechenden Infrastrukturen verwendet werden.

Während die Regierung Tusk versucht, die polnische Außen- und Verteidigungspolitik ganz auf EU-Kurs zu bringen, bemüht sich die PiS-Führung sichtlich, Polen als treuen Alliierten der USA zu exponieren. Im Vergleich dazu treten für sie alle anderen Kooperationen wie EU, aber auch NATO, deutlich in den Hintergrund. Ein Polexit wird freilich nur von wenigen Politikern wie Grzegorz Braun offen gefordert, zumal die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der polnischen Bevölkerung weiterhin klar dominiert. Die PiS versucht sich jedoch offenkundig als Verbündete euroskeptischer Regierungen wie von Viktor Orbán in Ungarn und als Alliierte von Trumps MAGA-Bewegung zu inszenieren. Ende März war Präsident Nawrocki zunächst zu Besuch in Budapest, um Orbán im Wahlkampf zu unterstützen, dann flog er nach Dallas zur »Conservative Political Action Conference«, einer Sammlung rechtskonservativer Gruppierungen, bei der auch Präsident Trump häufiger Gast ist.

Präsident Nawrocki versucht im ersten Jahr seiner Amtszeit, sich über seine verfassungsmäßigen Kompetenzen hinaus als dominierender politischer Akteur zu etablieren. Er blockiert nicht nur zahlreiche innenpolitische Vorhaben der Regierung mit seinem Veto. Er sieht sich entgegen der Verfassung offensichtlich auch als der entscheidende Gestalter der polnischen Außenpolitik. Bei der gegenwärtigen parteipolitischen Konstellation in Polen scheinen innen- wie außenpolitische Initiativen kaum durchsetzbar. In PiS-kritischen Medien wird diese Situation zum Teil mit der staatschädigenden Haltung polnischer Eliten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verglichen, die 1795 zum Ende der polnischen Adelsrepublik beigetragen habe. Die aktuelle Konstellation könnte sich erst ändern, wenn Parlamentsmehrheit und Präsident wieder demselben politischen Lager angehören. Das könnte frühestens nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr der Fall sein. Präsident Nawrocki ist bis 2030 gewählt.

Über den Autor

Klaus Ziemer ist pensionierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier (2011) und an der Kardinal Stefan Wyszyński-Universität Warschau (2018). Von 1998 bis 2008 leitete er das Deutsche Historische Institut Warschau. Er spezialisierte sich in Forschung und Lehre auf die polnische Zeitgeschichte, die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1945 und den politischen Systemwandel im früher kommunistischen Europa.

Recht und Gerechtigkeit (PiS) über die Themen Familie, Nation und Staat Wahlprogramm, September 2023

[...]

Die Familie

Der mit Würde, Freiheit und Chancengleichheit ausgestattete Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen und gehört verschiedenen Gemeinschaften an. **Die fundamentale, wichtigste gesellschaftliche Keimzelle, deren Mitglied er ist, ist die Familie. Sie gründet auf der dauerhaften Beziehung zwischen Frau und Mann.** Die Familie verantwortet die Erziehung des Menschen, sie formt seine Persönlichkeit, vermittelt ihm Werte und sorgt für die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse. In der Familie werden Kinder geboren, wodurch die wesentliche Bedingung für das Bestehen der Menschheit erfüllt ist – die Generationenfolge. **Die Familie kann in ihrer monogamen und auf Dauer ausgerichteten Form unmöglich ersetzt werden und ist somit das Fundament unserer Zivilisation.**

Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird die traditionelle Familie entschlossen verteidigen – in der Form und dem Verständnis, das seit Jahrhunderten die westlichen Zivilisationen kennzeichnet. Heutzutage werden in der Welt viele Ideologien verbreitet, deren Ziel es ist, diese gesellschaftliche Keimzelle zu zerstören. Wir haben uns diesen Bestrebungen entgegengestellt und werden dies weiterhin tun und gleichzeitig Maßnahmen zur Stärkung der Familie, zum Schutz der Elternschaft und der besonderen Rolle der Mutter und zur Wertschätzung der Mutterschaft ergreifen. Wir halten es für unzulässig, ungeborene Kinder zu töten. Gleichzeitig schützen wir die Würde und Gesundheit der Frauen. Wir halten uns an den Imperativ, das Leben der Mutter zu retten, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für einen Schwangerschaftsabbruch gegeben sind. Wir respektieren unterschiedliche Meinungen und die Freiheit des Gewissens, weshalb wir Abstimmungen in weltanschaulichen Fragen niemals der Parteidisziplin unterordnen werden.

In den dunkelsten Zeiten unseres Vaterlandes – in der Zeit der Teilungen, der Besatzungen und des Kommunismus – überdauerte unsere Nation dank der polnischen Familie. Ihr Schutz ist die Garantie für den Fortbestand unserer Kultur und Sprache sowie für eine gute Zukunft.

Die Nation

Die Nation begreifen wir als Kultur- und Sprachgemeinschaft, als Gemeinschaft historischer Erfahrungen, politischer Tradition und zivilisatorischer Werte, als Schicksalsgemeinschaft. **Ohne das Gefühl der nationalen Verbundenheit gibt es keinen starken Staat. Gleichzeitig braucht die Nation den Staat, um zu bestehen, sich zu entwickeln und allen Mitgliedern der Gemeinschaft Sicherheit zu gewährleisten.** Sowohl die Nation als auch der Staat sind axiomatisch und praktisch unverbrüchlich miteinander verbunden. Unsere Nation hat sich über Jahrhunderte geformt und ist gereift, indem sie sich zu einer Gemeinschaft ethnisch verschiedener Menschen verband.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es nicht möglich ist, die Nation durch irgendein anderes gesellschaftliches Konstrukt zu ersetzen. Gleichzeitig meinen wir, dass die Geschichte Europas vom Schicksal einzelner Nationen, die sich durch Originalität und Besonderheit auszeichnen, geprägt wird. **Aus diesem Grund widersetzen wir uns allen ideologischen Versuchen, die darauf zielen, die nationalen Gemeinschaften zu zerstören und sie durch künstlich geschaffene ideologische Konstrukte zu ersetzen.**

Die polnische Kultur, Sprache und Geschichte ergeben zusammen unsere einzigartige Identität. Sie stellt die Grundlage für den Fortbestand unserer Nation, für ihre Stärke und ihre Chancen auf eine gelingende Zukunft dar. Jene Werte gingen in die heimischen, polnischen politischen Traditionen ein, die stolzer Teil des europäischen Erbes sind. Unsere Vorfahren sind die Väter des modernen Republikanismus, der aus der Demokratie der Adelsrepublik hervorging. Die Rzeczpospolita war eine Insel der Freiheit und Gleichheit, sie verwirklichte die Prinzipien der Repräsentation und der religiösen Toleranz. Sie war ein attraktiver Staat, in den Angehörige verschiedener Nationen, die in ihren Vaterländern verfolgt wurden, einwanderten.

Gleichzeitig war die Existenz unserer Nation viele Male von äußeren Feinden bedroht, die uns das grundlegende Recht auf Existenz und friedliche Entwicklung absprachen. Im 19. Jahrhundert waren es die drei Teilungsmächte, im 20. Jahrhundert die verbrecherische deutsche und sowjetische Besatzung. **Der Widerstand gegen die Aggressoren, der in der Verbundenheit mit dem polnischen Erbe gründete, erlaubte es der Nation, den Terror des Zweiten Weltkrieges und die Jahre der kommunistischen Dominanz über Polen zu überdauern.** Aus Patriotismus und Katholizismus nährte sich der Geist, der die »Verfemten Soldaten« [Widerstandskämpfer antikomunistischer Untergrund-

organisationen in der Nachkriegszeit; Anm. d. Übers.] und die antikommunistische Opposition kämpfen ließ, was zur Entstehung der Solidarność und zum Systemwandel 1989 führte.

[...]

Der Staat

Die Garantie für die effektive Verwirklichung des nationalen Interesses ist der Staat. Seine Institutionen müssen sowohl auf Werten gründen als auch in historischen Erfahrungen verankert sein. Das Rechtssystem, die staatliche Verwaltung mit ihren Prozedere, die staatlichen Dienste und Angestellten sind dafür eingesetzt, das Gemeinwohl und die Staatsräson zu verwirklichen. [...]

Ein eigener souveräner Staat ist für uns ein Wert mit Schlüsselbedeutung, denn ohne ihn können nicht die Werte realisiert werden, die wir als grundlegend betrachten. Das steht nicht im Widerspruch zum Europäertum, dessen Teil wir sind. **Polen ist seit seinen Anfängen und seiner Taufe im Jahr 966 Teil der umfangreichen und vielfältigen europäischen Tradition.** Die Polen fühlen eine tiefe Verbundenheit mit diesem Erbe und haben es niemals verleugnet. Dieses Europäertum ergibt sich früher wie heute in hohem Maße aus der starken Präsenz des Christentums und vor allem der katholischen Kirche in unserem Vaterland. In der polnischen Tradition bestehen besondere Verbindungen zwischen der politischen Identität der Nation, dem Christentum sowie der Verwurzelung im europäischen Erbe. Daraus ergibt sich unsere Einstellung zu den Ideen, die die Notwendigkeit eines sich vereinigenden Europas befürworten. **Wir meinen, dass das Aufgeben der Quellen, aus denen unsere Zivilisation entspringt, ein Grund der Krise ist, in der sich der alte Kontinent gegenwärtig befindet. Der einzige Weg, der den Aufschwung Europas gewährleisten kann, ist es, die nationale Verschiedenheit als feste Eigenschaft seiner Kultur aufrechtzuerhalten.** Eine Vereinheitlichung und Uniformierung in Verbindung mit der Auferlegung neuer, experimenteller Ideologien führen in die Katastrophe. Wir schätzen die Bedeutung und die Errungenschaften der Europäischen Union und erwarten gleichzeitig Reformen und Veränderungen, die dieser internationalen Gemeinschaft garantieren, ein »Europa der Vaterländer« zu sein. Wir akzeptieren die Erosion der Souveränität der europäischen Staaten nicht.

[...]

Das Erbe des Polentums

Eine Nation ist keine zufällige Ansammlung von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnen und dieselbe Sprache sprechen. Sie ist eine Geschichts-, Kultur-, Identitäts- und Wertegemeinschaft. Sie wird von vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Generationen erschaffen, überschreitet sie doch das Diesseitige und ist eine Verbindung zu einem Erbe, das von Beginn an ständig aufgebaut, verworfen und weiterentwickelt wird. Unsere politischen Entscheidungen und Herausforderungen, vor denen wir stehen, und das Vermächtnis, das wir hinterlassen, bleiben in einer untrennbaren Verbindung mit den Generationen der Polen, die vor uns gelebt haben; Polen, die unsere Kultur erschaffen und unsere Staatlichkeit entwickelt haben, die Erfolge erzielt, aber auch Fehler begangen haben. Wir Polen sind eine nationale Gemeinschaft, deren Wurzeln bis ins 10. Jahrhundert zurückreichen, als wir mit der Taufe Mieszkos I. im Jahr 966 die erste, große, zivilisatorische Entscheidung getroffen haben und Teil des Westens wurden. Und von diesem Zeitpunkt an bis heute gehören wir zu diesem, dem menschenfreundlichsten Kulturkreis. Seit Jahrhunderten haben die Polen ihn in allen Bereichen miterschaffen: politisch, wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich. In dieser Zeit haben wir einen originären Beitrag zur Entwicklung der westlichen Zivilisation geleistet, aber immer haben wir es nach unseren Prinzipien getan und sind eine Nation mit eigenem Charakter geblieben. Wir waren und sind Polen und Europäer, denn unsere Vorfahren, die das Polentum auf die Weise eingebettet haben, wie wir sie kennen, haben bereits darüber entschieden.

[...]

Die Generationen unserer Vorfahren haben das Polentum nicht nur durch die dunkelsten Zeiten der Russifizierung, Germanisierung, Hinrichtungen und Verfolgungen getragen, sondern sie haben es auch geschafft, den polnischen Staat, die Zweite Republik, wieder ins Leben zu rufen und sie gleichzeitig im Jahr 1920 vor dem Terror des Kommunismus zu verteidigen. Das 20. Jahrhundert stellte sich als eine weitere finstere Phase für die Polen dar. 1939 überfielen Deutschland und das kommunistische Russland die Republik. Das war der Beginn eines der schrecklichsten Kapitel der Menschheitsgeschichte, als der institutionalisierte Terror und der moralische Verfall der Deutschen und Sowjets alles, was polnisch war, systematisch vernichtete. Wir gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als Besiegte hervor und gerieten im Lager der Sieger unter das Joch der Sowjetunion. Damals nahmen weitere Generationen von Polen die moralische und nationale Pflicht auf sich, Polen in eine bessere Zukunft zu führen – die »Verfeimten Soldaten«, die katholische Kirche, die antikommunistische Opposition, die breite Solidarność-Bewegung.

Keinem Machthaber und keinem Terror – egal ob vom Zar, von Bismarck, Hitler oder Stalin veranlasst – gelang es, das Polentum zu vernichten – dank der Generationen unserer Vorfahren, die sich über die Jahre hinweg den nationalen Staffeln weiterreichten.

Heute, in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts, stehen wir als Nation vor historischen Herausforderungen. Im Osten fallen aus den Mauern des Kremls wieder imperiale Schüsse, die Angehörige freier Nationen Ostmitteleuropas ermorden. Wir sehen deutlich die Krise der demokratischen Ideen in der Europäischen Union und vielen entwickelten Ländern Europas. Gleichzeitig entwickelt sich Polen in einem in Europa nicht gekannten und in der Welt selten gesehenen Tempo und das Lebensniveau unserer Landsleute steigt beständig und nähert sich jedes Jahr mehr an die am höchsten entwickelten Staaten an. In unseren Händen liegt heute das Schicksal der Republik und in hohem Maße auch das Schicksal Ostmitteleuropas. Wenn wir heute in der Rückschau die Generationen unserer großen Vorfahren sehen, mit ihren Erfolgen und Niederlagen, ist uns gleichzeitig bewusst, dass wir über die Zukunft der Generationen entscheiden müssen, die nach uns zur Welt kommen. Wir müssen aus dem Schatz der Klugheit, der Geschichte und der Erfahrung schöpfen, um für die Republik aus dem 21. Jahrhundert eine Zeit des Reichtums, des Wohlstands und des Wohlergehens im Buch der Geschichte zu machen.

[...]

Hervorhebungen im Original.

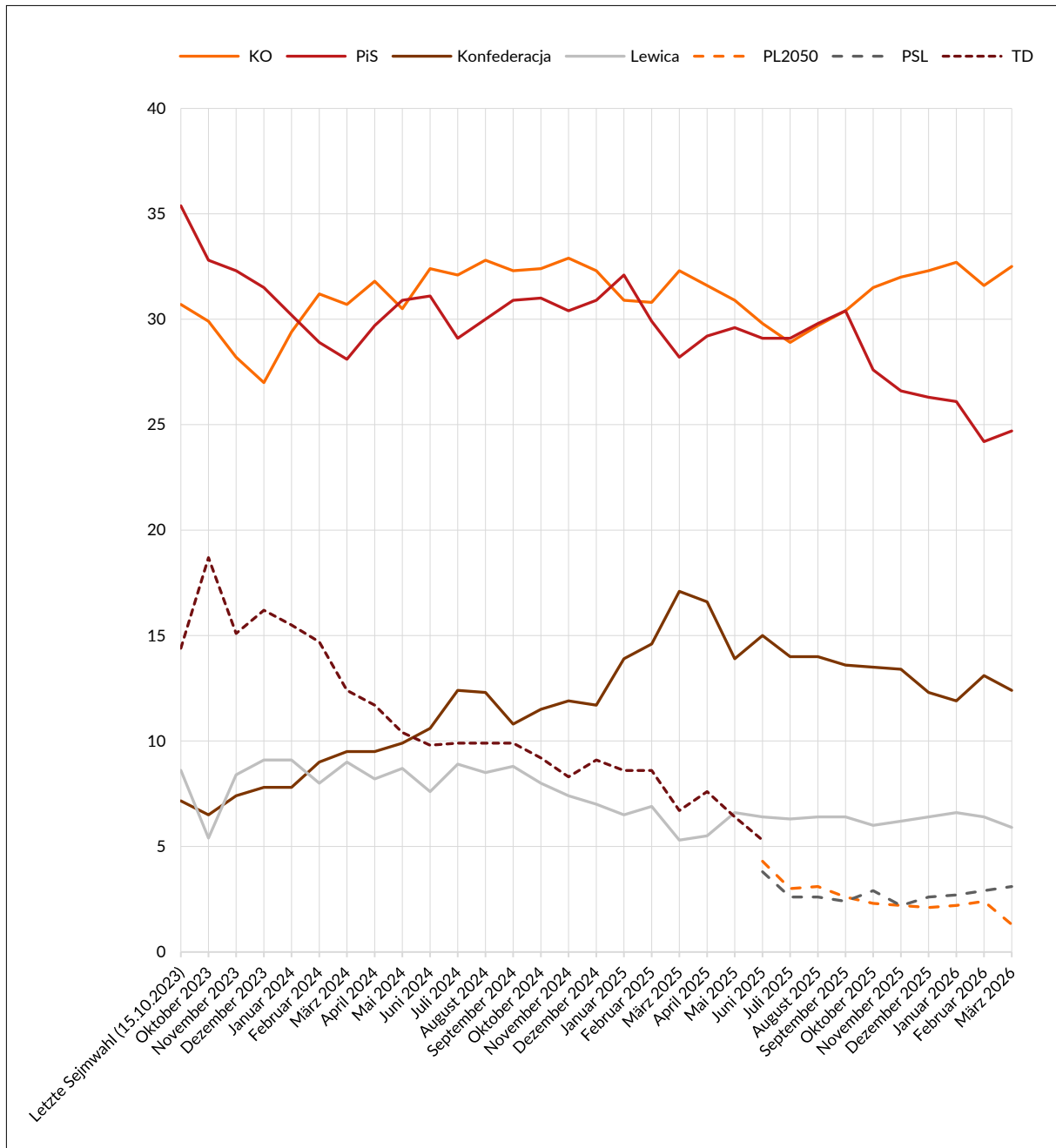
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: KW Prawo i Sprawiedliwość – PiS [Wahlkomitee Recht und Gerechtigkeit]: Bezpieczna przyszłość Polaków [Die sichere Zukunft der Polen]. [Wahlprogramm 9.09.2023]. <https://pis.org.pl/dokumenty/> (abgerufen am 27.03.2026).

UMFRAGEN

Parteipräferenzen

Grafik 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis März 2026



Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Die Linke; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 01.04.2026).

Tabelle 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis März 2026

	Letzte Sejmwahl (15.10.2023)	Oktober 2023	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024	Februar 2024	März 2024	April 2024	Mai 2024	Juni 2024
KO	30,7	29,9	28,2	27	29,4	31,2	30,7	31,8	30,5	32,4
PiS	35,38	32,8	32,3	31,5	30,2	28,9	28,1	29,7	30,9	31,1
Konfederacja	7,16	6,5	7,4	7,8	7,8	9	9,5	9,5	9,9	10,6
Lewica	8,61	5,4	8,4	9,1	9,1	8	9	8,2	8,7	7,6
PL 2050										
PSL										
TD	14,4	18,7	15,1	16,2	15,5	14,7	12,4	11,7	10,4	9,8

	Juli 2024	August 2024	September 2024	Oktober 2024	November 2024	Dezember 2024	Januar 2025	Februar 2025	März 2025	April 2025
KO	32,1	32,8	32,3	32,4	32,9	32,3	30,9	30,8	32,3	31,6
PiS	29,1	30	30,9	31	30,4	30,9	32,1	29,9	28,2	29,2
Konfederacja	12,4	12,3	10,8	11,5	11,9	11,7	13,9	14,6	17,1	16,6
Lewica	8,9	8,5	8,8	8	7,4	7	6,5	6,9	5,3	5,5
PL 2050										
PSL										
TD	9,9	9,9	9,9	9,2	8,3	9,1	8,6	8,6	6,7	7,6

	Mai 2025	Juni 2025	Juli 2025	August 2025	September 2025	Oktober 2025	November 2025	Dezember 2025	Januar 2026	Februar 2026
KO	30,9	29,8	28,9	29,7	30,4	31,5	32	32,3	32,7	31,6
PiS	29,6	29,1	29,1	29,8	30,4	27,6	26,6	26,3	26,1	24,2
Konfederacja	13,9	15	14	14	13,6	13,5	13,4	12,3	11,9	13,1
Lewica	6,6	6,4	6,3	6,4	6,4	6	6,2	6,4	6,6	6,4
PL 2050		4,3	3	3,1	2,6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,4
PSL		3,8	2,6	2,6	2,4	2,9	2,2	2,6	2,7	2,9
TD	6,4	5,3								

	März 2026
KO	32,5
PiS	24,7
Konfederacja	12,4
Lewica	5,9
PL 2050	1,3
PSL	3,1
TD	

Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Die Linke; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 01.04.2026).

CHRONIK

17. – 30. März 2026

17.03.2026	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt, Polen werde nicht in den US-amerikanisch-israelischen Krieg gegen den Iran, der sich auf weitere Staaten des Nahen Ostens ausgeweitet hat, eintreten. Die Aufgabe Polens sei es, seine östlichen Grenzen, die gleichzeitig EU- und NATO-Außengrenzen sind, zu verteidigen.
18.03.2026	In Rzeszów (Woiwodschaft Vorkarpaten/województwo podkarpackie) gibt Umweltministerin Paulina Hennig-Kloska den Start eines Programms zur Verbesserung des Schutzes von Braunbären sowie zur Verminderung von Gefahrensituationen für Menschen v. a. in den Nationalparks Bieszczady und Tatra bekannt. Vorgesehen ist, Bäume und Büsche anzupflanzen, deren Früchte dem Braunbären als Nahrung dienen, und die lokale Abfallwirtschaft zu verbessern, so dass die Tiere nicht in Siedlungsgebieten nach Nahrung suchen. Zusätzlich soll eine breite Informationskampagne für Einwohner und Touristen starten. Weiter soll eine professionelle Eingreifgruppe mit entsprechender technischer Ausrüstung aufgebaut werden. Für das Programm stehen 16,1 Millionen Złoty (ca. 3,8 Millionen Euro) zur Verfügung, davon kommen Zuschüsse in Höhe von 13,7 Millionen Złoty (ca. 3,2 Millionen Euro) aus dem EU-Haushalt.
19.03.2026	Sejm marschall Włodzimierz Czarzasty teilt mit, dass er den von Präsident Karol Nawrocki eingebrachten Gesetzesentwurf zum europäischen SAFE-Programm (Security Action for Europe) nicht zur Beratung im Parlament annehmen wird. Stattdessen werde er eine umfassende Analyse der ökonomischen Folgen des Entwurfs beantragen. Der Sejm hatte Ende Februar ein Gesetz zur Implementierung des SAFE-Programms verabschiedet, das Nawrocki in der vergangenen Woche jedoch abgelehnt hat. Hauptstreitpunkt ist die Finanzierung des SAFE-Programms, die laut verabschiedetem Gesetz über zinsgünstige europäische Darlehen gewährt wird. Nawrocki schlägt dagegen vor, das Programm aus Gewinnen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) zu finanzieren. Damit solle eine europäische Einflussnahme verhindert werden. Mit dem SAFE-Programm soll u. a. die Modernisierung der Streitkräfte vorangetrieben werden.
20.03.2026	Ministerpräsident Donald Tusk sagt nach dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel, er habe zusammen mit seinen Amtskolleginnen in Dänemark und Italien, Mette Frederiksen und Giorgia Meloni, erreicht, dass eine Erklärung zur Migration abgegeben wurde. Demnach sei die Europäische Union nicht bereit, im Kontext des US-amerikanisch-israelischen Krieges gegen den Iran und der allgemeinen geopolitischen Situation alle Asylsuchenden aufzunehmen. Die EU werde nicht noch einmal den Fehler des Jahres 2015 begehen, sondern müsse ihre Grenzen und ihr Territorium vor illegaler Migration schützen.
21.03.2026	Auf dem Parteitag von Polen 2050 (Polska 2050) gibt Parteichefin Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz bekannt, dass der Parteiname ab heute nicht mehr Polen 2050 von Szymon Hołownia (Polska 2050 Szymona Hołowni), sondern Polen 2050 der Republik Polen (Polen 2050 Rzeczypospolitej Polskiej) heißt. Damit solle signalisiert werden, dass sich die Bewegung, die sich um einen Politiker gebildet hatte, zu einer Institution entwickelt habe, die den Staat repräsentiere. Polen 2050 verstehe sich als Partei der Mittelschicht und widme sich v. a. den Themen Löhne und Gehälter, Arbeit und Wohnen.
22.03.2026	Die befristete Aussetzung des Rechts, an der polnisch-belarusischen Grenze einen Antrag auf Asyl zu stellen, wird um weitere 60 Tage verlängert. Die Aussetzung wurde erstmals im März 2025 eingeführt; es handelt sich aktuell um die sechste Verlängerung. Als Begründung wird angegeben, dass der vonseiten Russlands und Belaruss künstlich aufgebaute Migrationsdruck an der Grenze zu Polen weiterhin bestehe, was eine Gefahr für die Sicherheit des Landes sei.
23.03.2026	Am Tag der Polnisch-Ungarischen Freundschaft empfängt Präsident Karol Nawrocki in Przemyśl (Woiwodschaft Vorkarpaten/województwo podkarpackie) seinen ungarischen Amtskollegen Tamás Sulyok. Anschließend reisen beide nach Budapest, wo sich Nawrocki mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán trifft. Orbán, der eine illiberale Politik betreibt, hofft auf die Fortsetzung seiner Amtszeit nach den Parlamentswahlen im April. Er steht dem russischen Regierungschef Wladimir Putin nahe, der einen Angriffskrieg gegen die Ukraine verantwortet. In den sozialen Medien bedankt sich Nawrocki nach seinen Treffen für ertragreiche Gespräche. Die Polen würden die Ungarn lieben und den Kriegsverbrecher Putin hassen. Russland bleibe für Polen immer eine Gefahr und Ungarn ein ewiger Freund.
24.03.2026	Ministerpräsident Donald Tusk kritisiert mit scharfen Worten das Treffen zwischen Präsident Karol Nawrocki und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán am Vortag in Budapest. Es habe entgegen den Empfehlungen der Regierung Polens stattgefunden. Der Präsident Polens solle die Politik Orbáns nicht legitimieren, die prorussisch sei und sich zunehmend gegen die Europäische Union richte, unterstreicht Tusk. Er bezieht sich damit u. a. auf Orbáns Veto bei der Freigabe von EU-Geldern für die Ukraine, die von Russland militärisch angegriffen wird, und auf Informationen polnischer Geheimdienste, dass Mitarbeiter Orbáns vertrauliche Informationen aus Sitzungen von EU-Institutionen an Russland geliefert haben sollen.

25.03.2026	Wojciech Kolarski, Staatssekretär beim Präsidenten, nimmt im Österreichischen Kulturforum in Warschau an der Präsentation der Umgestaltungspläne für die Gedenkstätte des ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagers Gusen (Österreich) teil. In seiner Rede weist er darauf hin, dass die im Wannsee-Memorandum 2018 aufgestellten Standards für Gedenkstätten ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager im Falle Gusen nicht erfüllt worden seien. Im Informationsmaterial und in der Ausstellung der Gedenkstätte Gusen müsse explizit darauf hingewiesen werden, dass die größte Gruppe der Inhaftierten in Gusen Polen gewesen seien.
26.03.2026	Das Ministerium für Fonds und Regionalpolitik teilt mit, dass in Polen mehr als 2.000 Klubs für digitale Entwicklung (Klub Rozwoju Cyfrowego) entstehen sollen. Sie sollen Kurse für Erwachsene zur Nutzung digitaler Medien, z. B. für digitale Behörden- und Gesundheitsdienstleistungen, anbieten, insbesondere in Gemeinden mit eingeschränktem Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Das Ziel ist es, Benachteiligungen entgegenzuwirken und Teilhabe zu ermöglichen. Für das Projekt stehen knapp 976 Millionen Zloty (ca. 228 Millionen Euro) aus dem EU-Programm Europäischer Sozialfonds Plus 2021–2027 zur Verfügung.
27.03.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz empfängt in Warschau seinen estnischen Amtskollegen Hanno Pevkur. Vereinbart wird die Erarbeitung eines neuen Vertrags über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit. Weiter teilt Kosiniak-Kamysz mit, dass polnische und estnische Rüstungsunternehmen einen Vertrag über die Entwicklung von Drohnen sowie Drohnenabwehr unterzeichnet haben.
30.03.2026	Polnische Medien berichten von einem Interview, das Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), am Vortag dem ungarischen regierungsnahen Nachrichtenportal Mandiner gegeben hat. Er befürwortet einen Sieg der Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán bei den Parlamentswahlen in Ungarn Mitte April. Wenn auch das rechte Lager in Polen und Frankreich gewinnen und in Italien an der Macht bleiben würde, könnten in der Europäischen Union positive Veränderungen eintreten, hin zu einer EU als Koordinatorin der Politik souveräner Staaten. Zurzeit würden Entscheidungen zunehmend in Brüssel oder Berlin getroffen. Mit Blick auf die prorussische Einstellung der ungarischen Regierung sagt Kaczyński, Ungarn sei wegen seiner Situation bei der Energieversorgung gezwungen, Beziehungen zu Russland zu unterhalten; Polen habe den gegenteiligen Weg eingeschlagen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

